

St. Peters Bote.



Erscheint wöchentlich mit Approbation des hochw'sten Bischofs Pascal von Saskatchewan und des hochw'sten Erzbischofs Langevin von St. Boniface und wird herausgegeben von den Benediktiner-Vätern vom St. Peters-Priorat, Münster, Sask., Canada.

„Daß in Allem Gott verherrlicht werde.“ (Regel des hl. Benedikt).

2. Jahrgang.

Münster, Sask., Donnerstag, den 14. Dezember 1905.

No. 42

Die Wahlen.

Während der „St. Peters-Bote“ zur Presse geht, wird an der Wahlurne entschieden, ob Scott oder Haultain, die Liberalen oder die Provinzrechtler in Saskatchewan die Oberhand behalten werden. Die Liberalen behaupten zuversichtlich, daß sie den Sieg mit großer Mehrheit davontragen werden, doch erwarten sie nicht, daß ihre Gegner eine so niederschmetternde Schlappe erhalten werden, wie vor vier Wochen in Alberta.

Die Parteigänger Haultains nehmen zwar auch für sich den Sieg in Anspruch, doch kann man leicht erkennen, daß sie den Mut ziemlich verloren haben und daß sie wohl selbst nicht auf den Sieg rechnen. Haultains neuerliche wüste Heze gegen Erzbischof Langevin und gegen die Katholiken, sowie seine öffentliche, feierliche Erklärung, daß er sich, im Falle seiner Erwählung, für die Einführung „nationaler“ (religionsloser) Schulen und die Abschaffung der Separatschulen verbürge, scheint ihm vollends den Hals gebrochen zu haben. Er mußte sich dadurch notwendiger Weise alle jene Katholiken abwendig machen, welche ihm bisher noch treu geblieben waren. Auch alle jene Nichtkatholiken, welche mit dem bisherigen Schulsystem zufrieden waren und denen die von Haultain in Szene gesetzte Religionsheze zuwider war, mußten sich von ihm abwenden, denn sie mußten sich sagen, daß es ein gefährlich Ding sei, einem solchen Hezer die höchste Gewalt in der Provinz zu übergeben.

Nicht zu leugnen ist jedoch, daß Haultain durch sein Gebaren von anderer Seite eine Verstärkung erhielt. Solche Liberale nämlich, welche eine kindische Furcht vor der katholischen Kirche haben, werden wohl in Haultain den großen Helden sehen, welcher die große Gefahr beseitigen soll. Der Zuwachs für Haultain aus diesen Reihen scheint jedoch den Abfall nicht aufzuwiegen, denn das „Telegramm“ von Winnipeg stimmte schon wenige Tage nach Veröffentlichung von Haultains Manifest ein Klagelied an, in welchem es bedauerte, daß Herr Haultain sich durch des Erzbischofs Schreiben zu dieser Erklärung „gezwungen“ sah.

Wir können daher zuversichtlich annehmen, daß Haultain, der Gegner der Separatschule, mit großer Mehrheit geschlagen werden wird. Aus diesem Grunde dürfen wir deshalb schon jetzt uns klar zu machen suchen, welchen Einfluß der Sieg der Liberalen auf die Schulfrage haben wird. Diese ist ja für uns die Hauptfrage in dem heftigen Wahlkampfe. Sie ist eine Prinzipienfrage von der größten Wichtigkeit, wie

wir im „St. Peters-Boten“ schon des öftern dargelegt haben. Alle anderen bei dieser Wahl ins Spiel kommenden Fragen sind von geringer Bedeutung.

Vor allem müssen wir uns hüten, zu hohe Erwartungen an einen Sieg der Liberalen zu knüpfen. Wir können erwarten, daß uns in der Schulfrage alles das belassen wird, was wir gegenwärtig haben, aber auch nicht das Geringste darüber. Premier Scott und Unterrichtsminister Calder haben sich beide hierfür öffentlich verbürgt. Selbst, wenn sie wollten, was übrigens sehr unwahrscheinlich ist, würden sie es sehr schwer oder gar unmöglich finden, eine Änderung zu Gunsten der Separatschule einzuführen, welche von jenen Rechten zurückstellen würde, die vor der Einführung des jetzigen Schulgesetzes bestanden. Es ist gewiß, daß es in den Reihen der liberalen Kandidaten für die Legislatur zu viele gibt, denen es lieber wäre, wenn die Separatschule ganz abgeschafft würde und die für die Separatschule nur aus Parteirücksichten eintreten. Diese werden daher eifrigst darüber wachen, daß der Separatschule kein Deut mehr an Rechten gewährt wird, als man ihr bis jetzt gelassen hat. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß heimliche Versuche gemacht werden, von diesen Rechten hier und da etwas unvermerkt abzugucken.

Es wird daher, auch nach einem liberalen Siege, notwendig sein, ein wachsameres Auge auf unsere Gesetzgeber gerichtet zu halten. Wir dürfen nicht blindlings der liberalen Partei vertrauen, weil sie eben augenblicklich sich die Erhaltung der Separatschule zur Aufgabe gesetzt hat. In der Politik sind plötzliche Schwankungen gar häufig. Deshalb ist es von der größten Wichtigkeit, daß wir stets bereit sind gegen einen Angriff, einerlei von welcher Seite er kommt, Front zu machen.

Beherrigen wir daher den guten Rat, welchen Mgr. Langevin vor einem Jahre bei Gelegenheit der Einweihung der St. Marienschule zu Winnipeg den Katholiken gab. „Die Katholiken“, sagte er, „sollen sich weder an die eine noch an die andere Partei binden, sondern sie sollen eine Schulpartei bilden, die jederzeit bereit ist, für die Interessen der christlichen Schule einzutreten.“

Folgen des Trennungsgesetzes in Frankreich.

Bei dem Hochdruck, mit dem der französische Senat am Trennungsgesetz arbeitet, ist zu erwarten, daß dasselbe bald in Kraft treten wird. Die Entsendung des Kardinals Vivès y Luto

zeigt, daß man im Vatikan den Dingen sehr aufmerksam folgt und die Vorbereitungen für die neue Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse in Frankreich mit aller Sorgfalt trifft. Daß man diese Organisationspläne nicht jedem naseweisen Ausfrager auseinanderlegt, macht die Pariser Presse mehr und mehr nervös. Man hätte mit der Dementierung aller ihrer Ungereimtheiten viel zu tun, kann aber keine Zeit besser anwenden. Die wichtigste Frage ist nach wie vor die finanzielle Sicherstellung der neuen Kultvereine und ihre Geistlichen. Man schilt viel über dies Klagen über die Geldfrage; das sei unchristlich. Die Radikalen müssen das ja wissen. Man darf doch aber anderseits nicht vergessen, daß es sich hier um etwa 40.000 Priester handelt, die zunächst einfach brotlos sind, wenn ihnen ja auch auf ein paar Jahre Abfindungssummen bleiben. Wovon sollen sie leben, nachdem ihnen der Staat die Mittel entzogen hat, zu deren Zahlung er, wie wohl kein rechtlich denkender Mensch bezweifeln wird, nach den Gesetzen von 1789 und 1791 — nicht nach dem Konkordat — verpflichtet war, eine Verpflichtung, die bis zur Aera Combes auch keine noch so kirchenfeindliche Regierung bestritten hat. Wenn auch ein Curegehalt nur 1500 Franken betrug, so wollen doch auch diese erst einmal aufgebracht sein. Man kann es also den kirchlichen Kreisen wahrlich nicht verdenken, wenn sie die Erledigung dieser Frage in den Vordergrund stellen. Wie die schließliche Organisation der Fonds und der Einnahmequellen am besten einzurichten ist, wird sich erst in der Praxis beurteilen lassen. Eine Vorfrage ist aber die: Wird überhaupt eine ausreichende Unterstützung der Geistlichen und eine würdige Unterhaltung des Gottesdienstes aus den der Gemeinde zur Verfügung stehenden Mitteln möglich sein? Der Bischof von Orleans macht darüber in seinen Annales religieuses sehr trübe Angaben. Orleans, eine Diözese von mittlerer Seelenzahl und durchschnittsmäßiger Wohlhabenheit, hat bei 366.660 Einwohnern 340 Geistliche zu unterhalten, deren Etat bisher 326.500 Franken war. Das Gehalt des Bischofs selbst ist seit einiger Zeit einbehalten. Unter Zugrundelegung aller gesetzlichen Bestimmungen wird das Minus für diesen Etat im ersten Jahr etwa 72.337 Franken, im achten Jahr aber bereits 210.687 Franken betragen. Im neunten Jahr zahlt der Staat überhaupt nur noch einige hier nicht in Betracht kommende Pensionen. Nach fünf Jahren verliert die Diözese außerdem ihr Seminar und alle Presbyterien bis auf 20 etwa, die den Fabriten gehören. Es

handelt sich da um etwa 300 Wohnungen, die zu beschaffen sind. Das würde ein unerschwingliches Kapital von etwa 2.400.000 Franken ausmachen, ein Wohnhaus nur zu 8000 Franken berechnet. Aber selbst die Zinsen eines solchen Kapitals, die in dem Etat figurieren müßten, belaufen sich auf 96.000 Franken. An barem Gelde hätte die Diözese bereits nach 5 Jahren nach den Berechnungen des Bischofs Touchet die Riesensumme von etwa 286.500 Franken aufzubringen, nach der Vollendung der Trennung aber 423.000 Franken jährlich. „Und man glaubt, daß die Katholiken des Bezirks diese Last tragen würden? Sie können es garnicht“, schließt traurig der Bischof. So wie in Orleans sieht's aber in den meisten Diözesen aus. Und da nimmt man es den Geistlichen übel, wenn sie dieser brennenden Frage ihre Aufmerksamkeit zuwenden? Es sei übrigens erwähnt, daß die Synode der Lutheraner, die eben geschlossen ist, sich abermals gegen das Separationsgesetz ausgesprochen hat. Es sind mehrere Amendements bezüglich Pfarrpensionen, dauernde Ueberlassung der Presbyterien, Erhöhung der Reservefonds usw. vorgeschlagen — natürlich ohne Aussicht auf Erfolg. Auch sonst beschäftigte sich die Synode mit der Neugestaltung der kirchlichen Verhältnisse.

Aus Canada.

Saskatchewan.

Im Last Mountain Distrikt wurden 10.000 Acker Landes von einer Anzahl Kapitalisten aus Michigan für den Preis von \$12.50 per Acker gekauft. Der Preis ist der höchste, der bisher in dortiger Gegend für einen größeren Block Landes gezahlt wurde.

Die Canadian Northern Eisenbahn Co. hat in Kingston zehn Lokomotiven bestellt, die im nächsten Jahre abzuliefern sind.

Die Farmer entlang der Prince Albert Linie der C. P. R., welche irgendwie die C. N. R. erreichen können, fahren ihr Getreide an die Stationen der letzteren, da sie sicher sind, dort Waggons zu erhalten.

Frau Dr. Baxter in Saskatoon soll in den letzten Jahren \$50.000 in Land speculationen gemacht haben.

Bei den im November abgehaltenen Verkäufen von Schulländereien in der Provinz wurden 18.786 Acker für die Gesamtsumme von \$164.791 veräußert. In Prince Albert wurde J. E. Bradshaw per Akklamation zum Bürgermeister gewählt.